

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Preis: monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.40 M., durch die Post
bestellen 14.10 M. Einzelhefte werden separat abgegeben. Einzelnummer 20 Pf.
In Halle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Be-
leger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts-
und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11
Beruf Nr. 6915 und 2016. — Anzeigenpreise: Die 34 mm breite Zeile
100 Pf., die 22 mm breite Zeile 75 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bzw. 60 Pf.
Ausland 2.— bzw. 6.— M. Nachst. lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 522

Samstag, 6. November 1920.

74. Jahrgang

Aus Deutsch-Südwest-Afrika.

General Smuts, der Ministerpräsident der südafrikanischen Regierung, der nun auch Deutsch-Südwestafrika untersteht, hat kürzlich die ehemalige deutsche Kolonie besucht. In Windhoek hielt Smuts eine Rede über die Schulfrage. Der Völkerverbund hat seine Wünsche vorgetragen: Zulassung des Deutschen als Unterrichtssprache in allen Klassen, wobei jedoch den Unionssprachen Rechnung getragen werden sollte. Einreiseerlaubnis für deutsche Lehrkräfte aus Deutschland, unbeschränkte Benutzung der mit deutschen Mitteln erbauten Schulen und Pensionen, finanzielle Unterstützung und Pensionsbeihilfe. Smuts ging auf Einzelheiten in seiner Erwiderung nicht ein; ein Kompromiß werde zweifellos gefunden werden müssen, meinte er; die Armer seien meistens nicht in der Lage, Schulgeld zu bezahlen. In einer reinen deutschen Schule würden die Kinder rein deutsch erzogen und könnten keinen Platz in Südwest finden. Wie er, der Bure, Ministerpräsident auch über die Engländer gemurmelt sei, so wolle er, daß auch ein deutsches Kind einmal Ministerpräsident werden könne, da in Deutschland doch kein Platz für die Kinder sei. Die vier Elementarstufen sollten wohl deutschen Charakter haben, doch sollte in derselben Zeit eine Unionssprache mitgeteilt werden; später sollte dann die Erlernung der zweiten Unionssprache folgen. Der neue Gouverneur Hofmeyer solle diese Angelegenheit mit den Interessenten besprechen und sie zu einem guten Ende führen, das beide Teile befriedige. Die Schulverhältnisse könnten weiter bestehen bleiben, genügend Pensionen sollten errichtet werden, die von der Regierung beizutragen unterstellt werden müßten. Nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch die Nationalität der Kinder sollte erhalten werden, nur der Standpunkt für eine reine deutsche Schule sei unhaltbar. Gewalt solle nicht angewendet werden; er, Smuts, bitte nur um das Einverständnis der Südwester. An seiner Entgegnung dankte der Vorsitzende des Schulverbandes für das Interesse des Generals, betonte aber, daß auch die Farmer ein großes Interesse an der deutschen Erziehung ihrer Kinder hätten und gewillt seien, Opfer dafür zu bringen.

Smuts hielt dann vor seinem Abchied noch eine zweite Rede im Zintzenpalast. Er erklärte, wie der „Auslandskorrespondent“ meldet, die Union habe das Mandat über Südwestafrika ganz übernommen; Südwestafrika solle eine Provinz von Südafrika werden; die Deutschen täten gut daran, Bäume der Union zu werden, ohne daß ein Druck auf sie ausübt werden sollte. Die Landbank sollte liquidiert und dafür ein anderes, ähnliches Institut errichtet werden; die Kommission für die Kriegsschäden sei mit ihren Arbeiten zu Ende und es würden demnächst Entschädigungsanträge zur Auszahlung kommen. Das Kriegsgesetz solle baldmöglichst aufgehoben, die Passierscheine zum großen Hafen ausgebaut werden. Die deutsche Sprache als Amtssprache zuzulassen, könne er nicht versprechen; auf seinem Standpunkt in der Schulfrage müßte er beharren, freien und ungehinderten Handel mit Deutschland laute er zu, Verwundeten, Angehörigen, weißen Arbeitern für Farmer und besonders Mädchen werde die Einreise sehr erleichtert werden, der Rückkehr Landesverwiesener hände er sympathisch gegenüber.

Harding für einen beschränkten Völkerbund

London, 5. Nov. Die „Daily News“ meldet aus New-York, daß Harding sich nunmehr für einen beschränkten Völkerbund erklärt habe.

Deutschland und der Völkerbund.

Amsterdam, 6. Nov. Der Brüsseler Berichterstatter des „Telegraph“ erzählt von einer Persönlichkeit, die in enger Fühlung zum Völkerbundsrat steht, es werde erwartet, daß England, Italien und die südamerikanischen Staaten nicht gegen die Aufnahme Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns in den Völkerbund seien. Es sei wahrscheinlich, daß sich auch die Neutralen für die Aufnahme der Mittelmächte aussprechen würden.

Frankreich und Belgien sind Gegner der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Diese beiden Staaten wünschen, daß die Frage der Aufnahme überhaupt nicht auf die Tagesordnung der Völkerbundsversammlung gesetzt wird.

Steigende des deutschen Eigentums in Amerika.

Berlin, 5. Nov. Die „Central News“ erfahren aus Washington von höchster diplomatischer Stelle, daß die Vereinigten Staaten nicht nur alles deutsche Eigentum, welches während des Krieges beschlagnahmt worden war, zurückgeben würden, sondern die Vereinigten Staaten würden auch darauf bestehen, daß die Alliierten die von Frankreich geforderte Wiedergutmachung von Seiten Deutschlands auf das allergeringste Maß verringerten.

Widerstand der Hotels.

Die Berliner Hotelbesitzer protestierten gestern in einer Versammlung gegen das Vorgehen der Berliner Polizei und beschloßen, sämtliche Betriebe in Deutschland sofort zu schließen, wenn sich ein derartiges Vorgehen wie bei in Berlin wiederholen würde. (Es handelt sich um Verhaftungen in Berliner Hotels.)

Die Feier des Revolutionstages.

Berlin, 6. Nov. Auf einen Antrag beschloß das Ansett, daß der 9. November in den Reichsbetrieben und bei den Reichsbehörden nicht gefeiert wird.

In einem Aufruf des Bezirksverbandes Berlin der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Feier des 9. November heißt es, daß der 9. November nicht durch die Reichshofküche des Kaiserreichs gefeiert werden sollte. Es solle dafür gefordert werden, daß lebenswichtige Betriebe nicht stillgelegt, sondern daß in ihnen Sonntagsgedächtnis durchgeführt wird.

München, 6. Nov. In der in München geplanten Revolutionstagesfeier am 7. November melden die „Neuen Nachrichten“, daß der Gedanke, das Verbot des geschlossenen Märkmarsches mit allgemeiner Arbeitsruhe am 9. November zu befehlen, mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse abgelehnt worden sei. Es sei beschlossen worden, die Feier in der Ausstellungs-Hera abzuhalten mit der Abänderung, daß die Teilnehmer in zwanglosen Gruppen sich dort befinden sollten.

Einführung eines nationalen Trauertages.

Für die im Kriege auf deutscher Seite Gefallenen wird als Gedanktag die Einführung eines nationalen Trauertages in parlamentarischen Kreisen erwogen. Ein dahingehender Antrag der Parteien ist in Vorbereitung.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. Nov. Gestern wurde im Reichstag die politische Aussprache fortgesetzt und die erste Beratung des Haushaltsplanes zum Abschluß gebracht. Zunächst sprach der Abg. Dittmann von den Reichsunabhängigen. Er gab wieder einmal seiner offenbaren trotz aller Enttäuschungen unerwarteten Hoffnung auf die Hilfe der fremden Arbeiterschaft Ausdruck. Zur Sozialisierung bemerkte er, die Verwirklichung des Sozialismus könne, selbst wenn das Proletariat die Macht habe, nur durch einen allmählichen Umwandlungsprozeß durchgeführt werden. Die Sozialisierung des Bergbaues sei eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus.

Der Reichskommissar für Entwaffnung Dr. Peters sprach über den Stand der Entwaffnung. Die Verhältnisse in Bayern und in einigen anderen Gegenden Deutschlands erforderten, so erklärte Dr. Peters, eine ganz besondere Berücksichtigung. Er wolle aber keine Maßnahmen treffen, die den bisherigen allseitigen Verlauf der Entwaffnung beeinträchtigen könnten.

Abg. Dernburg (Dem.) forderte in längeren Ausführungen die Revision des Friedensvertrages und verlangte vom Reichsminister des Innern, daß er diese Revision mit allen Mitteln betreibe. Mit scharfen Worten kennzeichnete er die französische Politik gegenüber Deutschland, die nicht so harmlos sei, wie gewisse Leute in Deutschland glauben machen wollten.

Der Kommunist Levi hielt eine Agitationsrede. Der Hannoveraner Alvers und der bayerische Bauernführer Eisenberger richteten scharfe Angriffe gegen Preußen und gegen Berlin.

Die nächste Sitzung findet heute Samstag statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Anträge über das besetzte Gebiet.

Der Reichstags-Rat des Reichstages beschloß mit Rücksicht auf die starke Belastung des Hauptgeschäftes, der mit der gründlichen Durchberatung des Haushaltsvoranschlags und der einschlägigen wichtigen Fragen beschäftigt und damit im Rückstand ist, bis zum Ruhetage Plenarsitzungen nicht mehr abzuhalten und am 13. November mit der zweiten Lesung des Haushaltsvoranschlags im Plenum zu beginnen.

Ein verkapptes sozialdemokratisches Ultimatum.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestern einstimmig beschlossen, in der heutigen Sitzung des Reichstages eine Interpellation einzubringen, ob die Reichsregierung bereit sei zu erklären, wann sie den zugesagten Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorlegen werde, und zwar einen Entwurf, der sich nicht etwa auf Gewinn, Kapital- oder Ertragsbeteiligung der Arbeiter beschränkt, vielmehr die Sozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchzuführen werde.

Die Form der Anfrage nähert sich der Form eines Ultimatum. Es scheint, als ob die Sozialdemokratie von der Antwort der Reichsregierung ihre weitere Stellung zum Kabinett Gehrenbach abhängig machen will. Die Vorlage des Gesetzentwurfes über die Sozialisierung des Bergbaues im Reichstag wird zur Prüfung für die Reifezeit der Regierung werden.

Die Anklagen gegen die Münchner Polizei.

München, 4. Nov. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß schloß bezüglich der Verhaftungen gegen die Münchner Polizei folgenden Beschluß: „Die Frage, ob Organe der Münchner Polizeidirektion eine Organisation bildeten, die es sich zur Aufgabe stellte, Menschen gewaltsam zu beseitigen, ist nach dem Ergebnis der Untersuchungen mit nein zu beantworten.“

Ueberfüllung des Lehrerberufs.

Die Sperrung sämtlicher Präparandenanstalten ist, nach einer Meldung der Dena, für die nächsten Jahre veranlaßt worden, da die Ueberfüllung des Lehrerberufs so groß ist, daß für die nächsten Jahre keine Schüler mehr aufgenommen werden können.

Zur Lage der höheren Schulen.

In der Preussischen Landesversammlung hat das Zentrum folgende Anfrage eingebracht: „Viele Studienanstalten für die männliche und für die weibliche Jugend befinden sich in einer so schwierigen Lage, daß ihr Fortbestand in Frage gestellt ist. Was bedeutet die Staatsregierung in der Lage, um einem Zusammenbruch unseres höheren Schulwesens vorzubeugen?“

Besuch des Reichskanzlers in Teilen des besetzten Gebiets.

Berlin, 6. Nov. Der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen beabsichtigen, vom 14. bis 16. Nov. das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet und das benachbarte besetzte Gebiet zu besuchen und zu diesem Zwecke den am 14. ergangenen Einladungen Düsseldorf und Köln Folge zu leisten.

Die „Freiburger Tagespost“ bringt von ihrem Berliner Vertreter folgende Mitteilung: „Von Basel aus sind Gerüchte verbreitet worden, wonach der Reichskanzler nebenbei sich mit Rücktrittsgedanken trage. Die mit vom Reichskanzler selbst mitgeteilt wird, daß er niemandem gegenüber eine solche Äußerung getan. Es liegt auch keine Veranlassung für einen derartigen Schritt vor.“

Preussische Landesversammlung.

In der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde die Debatte über die Verfassung fortgesetzt. Die Aussprache drehte sich wie an den vorhergehenden Tagen um die Frage, welche Stellung man den Provinzen zu teilen soll. Auffallend ist die Meinungsverschiedenheit im Lager der Sozialdemokratie. Während der Abg. Scholich sich für die Autonomie der Provinzen erklärte, sprach der Abg. Heilmann für die Erhaltung Preußens in seiner jetzigen Form. Er fürchtet die Bildung von Kleinstaaten an den Grenzgebieten und ihre Verführung zum Reich. Auffallend waren auch die Ausführungen des Abg. Laue vom Zentrum. Er erklärte, keine Partei lege auf die Erhaltung des preussischen Staates in seiner jetzigen Form keinen Wert. Ein preussisches Staatsgefühl habe es in manchen Provinzen nicht. Die Auflösung Preußens sei keine Gefahr für den Bestand des Reichs. Deutschland habe ihm über Preußen.

Die Preußenwahl endgültig auf den 13. Februar festgelegt.

Berlin, 5. Nov. Durch Vereinbarung der Parteien der Landesversammlung ist der 13. Februar u. J. endgültig als Wahltag für Preußen festgelegt worden.

Strafanzeige gegen Erzberger.

Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, ist gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger nunmehr bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erhoben worden wegen des dringenden Verdachtes der Steuerhinterziehung. Verurteilt wird die Anzeige damit, daß nach der Jurisdiktion des Straftrages Erzberger gegen den Redakteur Dr. Biedt und nach seiner Erklärung, daß er sich auf den Weg der privaten Klage nicht lösen lassen würde, keine gerichtliche Klärung der Steuerangelegenheit Erzbergers auf anderem Wege nicht möglich sei. Weiter erlucht die Anzeige die Staatsanwaltschaft, ihre Ermittlungen auch auf die ausländischen Konten auszudehnen.

Berlin ohne Elektrizität.

M. Berlin, 6. Nov. Die Arbeiter der Berliner städtischen Elektrizitätswerke haben gestern Abend beschlossen, den vom tariflichen Einigungsamt gefällten Schiedsspruch abzulehnen und heute Morgen 8 Uhr in den Ausstand zu treten. Die Stromversorgung Berlins wird daher voraussichtlich um diese Zeit eingestellt werden. Da auch die Arbeiter des Kraftwerkes Rummelsburg in den Ausstand treten, wird auch die Stromversorgung von Golpa-Tarnowitz her unterbrochen werden.

Textilarbeiterstreik im Elsf.

Cosmar, 6. Nov. Der Streik der Arbeiter der Textil-Industrie in Cosmar-Mariaux-Mines ist allgemein. Es streiken etwa 700 Arbeiter.

Die Teuerung in Italien.

Der italienische Ministerrat genehmigte einen Kredit von zwanzig Millionen Lire als Beitrag zur Bekämpfung der Teuerung.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 6. November.

Die Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei fand am Freitagabend im Saal des Museums II am Völsplatz statt. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Rechtsanwalt Rüdiger, gab einen Überblick über die Tätigkeit der Partei. Herr Rüdiger erläuterte den Rassenbericht, Sachungsänderungen, durch die eine Verlegung der Hauptversammlung in den Oktober und eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrags auf 3 M. beschlossen wurde, wurden genehmigt. Ebenso die Verleihung des Stimmrechts im engeren Vorstand an die Vorstandsmitglieder, des Frauenvereins, der zwei Stimmen erhält, der Jugendgruppe und der Fachgruppen. Der engerer Vorstand besteht aus sieben Personen. Als 1. Vorsitzender wurde Herr Rüdiger wiedergewählt, 2. Vorsitzender Herr Carl Anding, 3. Vorsitzender Herr Stadtrat Meyer. Der Vorstand des Schachvereins besteht Herr Rüdiger, als sein Vertreter wird Herr Kaufmann Paul Raethner, als Vertreter wurden Frau Hauptmann Bachner und Herr Stadtrat Meyer und in den erweiterten Vorstand eine große Zahl Frauen und Männer gewählt. Herr Stadtrat Anding sprach unter Beifall dem bisherigen Vorstand den Dank der Versammlung für seine Tätigkeit aus. Die in der letzten Versammlung vorgeschlagene Verbot der Beabsichtigung ausführliche Berichterstattung über die Regierungstätigkeit der Deutschen Volkspartei, Herr B. Freud konnte nur kurz über die auswärtige Politik sprechen, sein Vortrag wurde auf eine in den nächsten Tagen stattfindende besondere Versammlung verschoben. In der Versammlung wurden auch die im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehenden kommunalpolitischen Fragen ausführlich erörtert werden.

Die Verschuldung Wiesbadens. Unter Meier Epthmarke brachten wir die Aufstellungen einer Korrespondenz zum Abdruck, nach denen Wiesbaden mit 507 Mark Schulden auf den Kopf der Bevölkerung an der Spitze der besten kommunalen Städte stehen sollte. Hierzu schreibt das Presseamt des Magistrats: „Die in Nr. 513 Ihres Blattes unter der Epthmarke: 'Die Verschuldung Wiesbadens' gemachten Angaben sind — soweit sie die Schulden pro Kopf der Wiesbadener Bevölkerung betreffen — durchaus irreführend und zwar insofern, als Ihr Korrespondent bei Aufrechnung der von ihm als abfolgt angegebenen Zahl den Wert des natürlichen Vermögens unberücksichtigt läßt. Er überreicht dabei vollkommen, daß an den Schulden der Stadt Wiesbaden die sogenannten verborgenen Vermögensverwaltungen, wie z. B. die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, fast zur Hälfte beteiligt sind. Diese bringen der Stadt nach vollkommener Leistung des Schuldendienstes noch ganz erhebliche Überschüsse.“ — Der Korrespondent ist insofern schuldlos an dieser „Ausrechnung“, als sie, wie auch in der Notiz gesagt wurde, den Angaben des Oberbürgermeisters von Marburg entnommen wurde, was ausdrücklich betont wird.

Kreditbewilligung für Handwerker zur Beschaffung von Kartoffeln und Brennmaterial. Das Handwerksamt Wiesbaden teilt mit, daß es Anträge von Handwerkern und Gewerbetreibenden auf einmalige Kreditbewilligung zur Beschaffung von Kartoffeln und Brennmaterial (Kredit des Magistrats) entgegennimmt.

Die Polizeimarke sind wieder an der Arbeit. Am letzten Montag wurden aus einem Café in der Wilhelmstraße zwei schwarze Herrenpaletots entwendet. Der eine davon ist zweifelhafte, mit drei Knöpfen abgeklopptem Futter und Samtkragen, der andere ist einreihig, mit drei Knöpfen, schwarzem glatten Futter und Samtkragen. In jedem der Paletots befand sich ein Paar Handschuhe, das eine Paar aus Wildleder, das andere aus Kalbsleder. Vor Ankauf wird gewarnt. Etwaige Mitteilungen auf Zimmer 17 der Polizeidirektion.

Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

Kurhaus. Morgen Sonntag findet bei geeigneter Witterung vormittags 11½ im Kurgarten wieder ein Promenadenkonzert im Abonnement statt. — Das Nachmittagskonzert des Kurorchesters an diesem Tage ist als Symphoniekonzert vorgesehen und steht unter Leitung des Herrn Hofrat Professor Hans Binderstein. — Der nächste Tanz-See ist für Montag, den 8. Nov., angelegt. Es gelangen wieder die neuesten Gesellschaftstänze zur Vorführung.

Russisches Ballet. Heute Samstag und morgen Sonntag findet im Wintergarten ein sensationelles Balletspiel statt. Für diese beiden Abende ist die bedeutende russische Primaballerina Julia Zaritska mit ihrer Truppe gewonnen worden. Julia Zaritska hat für diese Abende ein aufregendes Programm aufgestellt. Der erste Teil umfaßt Ballettstücke, der zweite Teil Volkstänze. Nach den Auführungen des Ballets, die hinfällig um 8 Uhr beginnen, wird für die tanztunfähige Jugend ein Ball folgen.

Deutsches Turnen.

Der Männerturnverein hält am Sonntag, 7. Nov., vormittags 9 Uhr, in seiner Turnhalle, Platterstraße 18, sein Vereinswettbewerb ab. Nachmittags von 5 Uhr ab findet zu Ehren der aus den diesjährigen Wettkämpfen hervorgegangenen Sieger eine Siegesfeier statt. Das reichhaltige Programm verspricht eine angenehme Stunde.

Kursbericht der Frankfurter Börse vom 5. November 1920.

Staats-Anleihen.					
	V. K.	L. K.		V. K.	L. K.
5. Deutsche R.-Anl. 1-4	77.50	77.50	4a Oest. Staats-Rente.	25.25	25.75
4. „do. „do. „do. „do.	67.30	—	4. Oesterr. Gold-Rente	35.50	37. —
3. „do. „do. „do. „do.	58. —	58.15	4. Oest. einhell. Rente	22.75	22.75
2. „do. „do. „do. „do.	66. —	68. —	5. Humaneische 1903.	58. —	151. —
1. Preuss. Konsols	62.50	61.15	4a „do. Gold 1918.	137. —	141.60
3a „do. „do. „do. „do.	62.25	62.40	4. Rum. an. Rente.	—	24. —
3b „do. „do. „do. „do.	50.75	50.15	4. „do. „do. „do. 1900	—	158. —
4. Bad. Anleihe v. 01.	—	79. —	4. „do. „do. „do. 1900	197.05	190. —
3. Bayer. Eisenb.-Anl.	80.10	80. —	4. Türkische 1911	100. —	105. —
2a „do. „do. „do. „do.	62.75	62.95	4a Ung. St.-Rente 1914	—	33.80
2b „do. „do. „do. „do.	—	62.50	4. V. d. O. Goldrente.	55.25	56.50
4. Hessen	72. —	72. —	4. „do. St.-Rente 1910	—	29. —
3a „do. „do. „do. „do.	61. —	59.50	5. Mexiko, innere	602. —	525. —
3b „do. „do. „do. „do.	113.50	—	5. „do. „do. „do.	338. —	370. —
5. Bosnien u. Herzeg.	255. —	257. —	4. Mexik. Gold 1904	650. —	700. —
5. Belgar. Tabak	—	—			
Vollbezahlte Bankaktien.					
	V. K.	L. K.		V. K.	L. K.
Berliner Handelsges.	—	229.50	Frankfurter Hyp.-Bank	204. —	202.50
Comm.-u. Privatbank	193. —	192.50	„do. „do. Hyp.-K.-V.	160. —	150. —
Darmstädter Bank	175. —	178. —	Metalbau-Metallg.-G.	317.50	319. —
Deutsche Bank	332. —	329.25	Mittelb. Creditbank	174. —	178. —
„Effekt. Wechselb.	150. —	153.50	Nationalbank f. D.	187. —	187. —
Verinsbank	137.50	139. —	Oest. Kredit-Anst.	85.50	84. —
Viskonti-Gesellsch.	239. —	237.50	Oest. Länderbank	105. —	98. —
Dresdner Bank	223. —	220. —	Pfälzische Bank	143.50	149.50
Frankfurter Bank	169.25	169.25	Reichsbank	150. —	151. —
Aktien deutscher Transport-Anstalten.					
	V. K.	L. K.		V. K.	L. K.
Berl. gr. Strassenbahn	—	—	Schantung-Gewinn-Sch.	—	—
Kaisergr.-Eisenbahn	—	—	Hamb.-Am. Paketf.	189.25	190.10
Schantung K.-B.-Akt.	635. —	632. —	Norddeutsche Lloyd.	189. —	188. —